Die bedingte Verurteilung in Italien.

Von Dr. Alfred Frassati zu Turin.

In Italien hat die bedingte Verurteilung weder eine Geschichte noch eine Litteratur. Sie entsprang dem Gehirn des Justizministers Bonaci, wie Minerva dem Haupte Jupiters. Bis dahin hatte sich niemand, abgesehen von den kleinen Arbeiten Alimenas und Settis, mit diesem Gegenstande beschäftigt. Es war daher ein bemerkenswertes Ereignis, als plötzlich ein Gesetz vorgelegt wurde, das weder von den Anhängern eines solchen, noch von den Vertretern der Rechtswissenschaft oder sonst jemandem erwartet war.

Dieses Vorgehen war um so beachtenswerter, wenn man bedenkt, daß in Deutschland die bedingte Verurteilung bereits zu den verschiedensten Erörterungen mit reichhaltiger Litteratur geführt hatte, und man daselbst noch weit davon entfernt ist, dieselbe einzuführen. Selbst der größere Teil der Anhänger hält zuvor noch die Ermägung verschiedener Punkte für nötig.

Am 2. März 1893 legte der Minister Bonaci der Deputiertenkammer den Entwurf eines Gesetzes über die bedingte Verurteilung vor. (Legislatura XVIII Ia sessione 1892—93 — Documenti — disegni di legge, relazioni — Seduta 2 Marzo 1893 con unita relazione ministeriale.)

Es ist meine Absicht, den Lesern hierüber, sowie über den bezüglichen Bericht Näheres mitzuteilen.

Verschiedene Gründe haben den Minister zur Vorlage des Gesetzes veranlaßt. Vor allem lag in Italien die Notwendigkeit

vor, die Reformen der Strafanstalten mit dem neuen Gesetze von 1890 harmonisch zu verbinden. Das neue Strafrecht hatte die Verminderung der kurzen Haftstrafen herbeigeführt, damit die von längerer Dauer verhängt werden konnten. Finanzrücksichten erlauben zur Zeit keine großen Ausgaben, auch würde es vorläufig unmöglich sein, neue Steuern für die dem neuen Strafgesetzbuche entsprechenden Gefängnisse zu fordern, um darin die große Anzahl der verurteilten Personen aufzunehmen. — Hieraus ergibt sich — bemerkt der Minister, „daß nicht allein die zur aufgehobenen Strafe verurteilten Verbrecher den Bagno weiter bevölkern, es werden auch die dorthin geschickt, welche an Stelle der Bagnopstrafe eingeführte Strafe zu verbüßen haben. Die Zahl der Verurteilten ist immer größer, als disponibler Raum in den dem Gesetze entsprechenden Strafanstalten dafür vorhanden ist. Daher erscheint auch das Übel weniger groß, diese Räume denen zu überweisen, die längere Strafen zu verbüßen haben, und die Gefängnisse der einfachen Haft werden von denen benutzt, die kürzere Strafen zu verbüßen haben. Daraus wird nicht allein die Verbüßung der dem Gesetze entsprechenden Strafe vermindert, es werden auch die zu einfachen Strafen Verurteilten in solche der einfachen Haft verwandelt, und die zu leichten Strafen Verurteilten werden oft mit den zu schweren Strafen Verurteilten zusammengebracht, denen auch noch die Untersuchungsgefangenen sich zugesellen. — Zur Abhilfe dieses, sowie des aus der großen Anzahl der Begnadigungsgesuche hervorgehenden Übelstandes, welche sozusagen zu einem gewöhnlichen Berufungsmittel gegen die Verurteilung geworden sind, vielleicht mehr als Appellation und Refurs, scheint es mir zweckmäßig, die bedingte Verurteilung einzuführen.“ — Der Minister hofft außerdem, daß eine große Ersparnis an Verwaltungskosten und eine Verminderung der Gnadenerlasse dadurch bewirkt werde. Die Kostenersparnis würde nicht klein sein. Man braucht sich nur vergegenwärtigen, daß die größte Zahl der Verurteilten nur eine kurzzeitige Strafe zu verbüßen hat.

Da der Gesetzentwurf sich nur auf die zu einer geringern als sechsmonatlichen Strafe Verurteilten bezieht, kommt auch nur diese Zeit in Betracht. Da ergibt sich denn aus der offiziellen Statistik, daß im Jahre 1888 bei einer Gesamtzahl von 145 583 zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten mit weniger als sechs Monat $133\,817 = 91,92\%$ bestraft sind, im Jahre 1889 von im ganzen

148 924 bei 137 736 die fragliche kürzere Strafe eingetreten ist, also bei 92,49 pCt. Im Jahre 1890 wurden bestraft 167 814, davon zu der kürzeren Haft 149 367, also 87,82 pCt. Endlich 1891 erlitten 188 223 Personen Freiheitsstrafen, davon bis zu 6 Monaten 167 467 = 88,97 pCt.

„Allgemein wird zugegeben — fügt der ministerielle Bericht hinzu — daß die kurzen Gefängnisstrafen, obwohl sie die Finanzen mehr als die lange dauernden belasten, ganz ungenügend sind, um eine Besserung herbeizuführen. Wenn das Vergehen aus gemeiner Gefinnung hervorgeht, ist nicht einmal die Strafe immer von Wert, weil die wenigen Tage oder Wochen im Gefängnis kaum als ein Leiden empfunden werden. Der Ein- und Austritt aus dem Gefängnis ist für die, welche noch Ehrgefühl besitzen, die Schande des Raudinischen Joches. Doch deren sind nur wenige. Die meisten verbringen einige Wochen oder Monate mehr oder weniger angenehm im Gefängnis.“

Der italienische Gesetzgeber befürchtet nicht, daß die bedingte Verurteilung das Bewußtsein des Eintritts der Strafe aufhebt, oder diese milder wie bisher auferlegt werde. „Die Hoffnung, daß der Beschuldigte die Bedeutung des Strafaufschubs versteht, nimmt demselben keineswegs die Gewißheit der Strafe, obwohl es nötig wäre, die Strafe noch nicht festzusetzen, wenn der Verurteilte hofft, daß durch die Gnade des Herrschers oder durch Milde des Richters der einfache gerichtliche Verweis der körperlichen Haft substituiert werde, was in gewissen Fällen möglich ist. Wenn das Gesetz eine bestimmte Strafe festsetzt, und dies im Urteil ausgesprochen ist, kann von einer unbestimmten Strafe keine Rede sein. Die Befugnis des Gerichts, die Strafe noch nicht zu vollstrecken, und das gesetzliche Erlöschen derselben nach Ablauf einer bestimmten Zeit kann man als eine Rechtswohlthat auffassen, als eine neue Art der Verjährung, welche infolge gesetzlicher Bestimmung dem Straf-erkenntnis die Wirksamkeit entzogen hat. Keinesfalls ist die bedingte Verurteilung eine Einrichtung, welche die Sicherheit der Strafe antastet.“

Nach verschiedenen andern Rechtserörterungen, welche wir hier nicht weiter berühren, begründet der Bericht den Entwurf.

Der Gesetzgeber läßt den Aufschub der Strafen bei Erkenntnissen zu, in welchen Verurteilungen zu *reclusiones*, *detenzione*, *arresto* ausgesprochen sind, welche aber die Dauer von sechs Mo-

naten nicht übersteigen. Bei Frauen und Minorennen kann die Verurteilung bis zu einem ganzen Jahre erfolgt sein. Auch findet der Aufschub bei *detenzione* und *arresto* statt, in welche die nicht beizutreibende Geldstrafe umgewandelt ist. Der Aufschub wird vom urteilsfällenden Richter angeordnet. Die Probe dauert mindestens sechs Monate, höchstens fünf Jahre, innerhalb welcher Grenzen der Richter die Zeit zu bestimmen hat.

In Bezug auf die Personen, welchen die Wohlthat des Aufschubs der Strafe zugebilligt werden kann, ist zu bemerken, daß Rückfällige nach dem Entwurf davon ausgeschlossen sind, ebenso die, welche nach dem Gesetze nicht provisorisch in Freiheit gelassen werden können, Arbeitscheue, Vagabunden und Bettler, die wegen begangener Vergehen Anrüchigen (Art. 95, des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit),¹⁾ ferner diejenigen, welche wegen der Natur ihres Vergehens oder ihrer nicht makellosen Vergangenheit keine gegründete Hoffnung auf Besserung geben.

Der Richter kann den Strafaufschub in Verbindung mit besondern Verpflichtungen anordnen, so daß der Verurteilte von bestimmten Orten sich entfernt hält, oder ein bestimmtes Domizil wählt, das er ohne Erlaubnis des Appellationsgerichts-Präsidenten oder des Gerichtspräsidenten oder des Richters, der das Urteil gefällt hat, nicht verlassen darf.

Der Verurteilte ist auch gehalten, bis zu einem vom Gericht in dem Strafkenntnis bestimmten Termine die Gerichtskosten zu erlegen und die geschädigte Partei zu befriedigen. Wenn in diesem Termine die Zahlung der Gerichtskosten und die Entschädigung der Partei oder die eigne Zahlungsunfähigkeit nicht nachgewiesen wird, tritt die Strassuspension nicht ein. Widerrufen wird dieselbe, wenn der Verurteilte in der Probezeit sich schlecht aufführt (*condotta riprovevole*), den ihm auferlegten Beschränkungen sich entzieht oder ein neues Delikt begeht. Solches geschieht auf Antrag des Staatsanwalts von der richterlichen Autorität, die das Urteil gefällt hatte, im Falle eines neuen Delikts von dem für dieses kompetenten Richter. Beantragt der Staatsanwalt den Widerruf wegen schlechter Aufführung oder wegen Übertretung der auferlegten Beschränkungen, so wird der Antrag dem Verurteilten mitgeteilt und ihm Gelegenheit gegeben, sich schriftlich zu rechtfertigen. Die Entschei-

¹⁾ Vergl. Z. X. Beilage S. 143.

bung darüber steht der Ratskammer (camera di consiglio) zu. Bei einem neuen Vergehen wird die neue Strafe der früheren hinzugefügt, und müssen beide verbüßt werden. Mit der schwerern Strafe wird angefangen.

Ist der Strafaufschub innerhalb der bestimmten Probezeit nicht widerrufen, so wird die Strafe als vollstreckt angesehen. Auf rechtliche Folgen und Nebenstrafen hat derselbe jedoch keinen Einfluß. Wird mit dem Ablauf der Suspendionsfrist die Strafe als vollstreckt angesehen, so hören die Rechtsbeschränkungen auf.

Die Staatsanwaltschaft läßt die Erkenntnisse und ihren Aufschub in die gerichtlichen Straflisten eintragen.

Die prozessualen Fragen sind gar nicht berührt.

Da wir mit diesen Zeilen nur eine Mitteilung machen wollen, so beschränken wir uns auf kurze Bemerkungen.

Wenn die Behauptung von Berner richtig ist, daß neue, nicht in der Gewohnheit des Landes begründete Strafgesetze leicht willkürlich und gesucht erscheinen, so daß im Volke ihre unwandelbare Gerechtigkeit und ihr Ansehen dadurch geschwächt wird, dann kann man dem italienischen Gesetzgeber den Vorwurf nicht ersparen, daß er ein Rechtsinstitut schaffen will, über welches die Wissenschaft sich nicht klar geworden, das auch noch nicht in das Bewußtsein des Volkes eingedrungen ist. Mir scheint es, daß man bei diesen so unscheinbar auftretenden, doch so bedeutungsvollen Reformen mit aller Vorsicht in der Erwartung hätte vorgehen sollen, daß das Verständnis dafür im Bewußtsein des Volkes nach und nach hätte zur Reife kommen können.

Bei der Begründung des Gesetzentwurfs scheint man mehr an finanzpolitische, als an Rechtserwägungen gedacht zu haben. Das große Rechtsproblem, wie die bedingte Verurteilung mit den Strafgesetzen in Verbindung zu bringen ist, bleibt ungelöst, ebenso ob sie eine Bresche in die bis jetzt geltenden Grundsätze sein soll, und wenn nicht, wie die Verbindung mit diesen Grundsätzen hergestellt werden soll.

Für unsern Teil hätten wir gewünscht, daß man den Ausdruck „bedingte Verurteilung“ nicht gebraucht hätte, weil dieser dem Institute nicht entspricht, und am wenigsten bei der italienischen Strafgesetzgebung gebraucht werden kann. Für das belgische Gesetz ist der Ausdruck allerdings ganz zutreffend, weil dieses die Verurteilung als „non avenue“ in den vom Gesetze vorgesehenen

Fällen betrachtet, was aber hier nicht angeht, weil das Gesetz jeden Zweifel mit dieser Richtung ausschließt. Der Ministerialbericht äußert sich dahin: „Es scheint genauer ausgedrückt zu werden, wenn man sagt, daß die Strafe als gesühnt betrachtet werden soll, obgleich man die Rechtsfiktion hinzufügen könnte, die Strafe solle als verbüßt betrachtet werden, um anzuzeigen, daß dieselbe nach unserm Strafgesetzbuche, Art. 17, mit dem Ablauf der bedingten Freilassung vollstreckt sei. Man kann weder annehmen, noch sagen, daß eine vom Richter verkündete Strafe nicht verkündet worden sei.“

Dem italienischen Gesetzgeber, der immer so große Verdienste um das Strafrecht sich erworben hat, hätte es auch jetzt obgelegen, nicht mit einer absolut ungenügenden Benennung hervorzutreten, und er hätte mit seiner Autorität die dem Wesen dieses Rechtsinstituts allein entsprechende Bezeichnung wählen sollen, die des „bedingten Straferlasses“. Die Benennung „Strafaufschub“ ist unzutreffend, weil der Aufschub der Strafe der weniger wichtige Umstand, nicht das Wesentliche ist. Der Zweck besteht vielmehr darin, beim Vorliegen gewisser Umstände, die Strafe zu erlassen, als die Strafe aufzuschieben. Der Straferlaß ist das charakteristische Merkmal des neuen Instituts, und hiermit wird dessen Zweck ausgedrückt. Die vom Richter festgesetzte Strafe wird nicht vollstreckt, wenn der Verurteilte gewisse Bedingungen erfüllt,¹⁾ daher muß es bedingter Straferlaß heißen, und nicht bedingte Verurteilung. Für die belgische und französische Gesetzgebung ist der Ausdruck möglich, aber nicht für den italienischen Entwurf, der sich von den beiden andern gerade darin unterscheidet, daß er keineswegs die Verurteilung „comme non avenue“ betrachtet wissen will, sondern die Strafe als gesühnt ansieht.

In dem Ministerialberichte wird auch vielfach auf eine gewisse Verwandtschaft des bedingten Straferlasses mit dem Begnadigungsrecht des Herrschers hingewiesen, auf eine Verwandtschaft, die absolut nicht vorliegt. Abgesehen davon, daß der Straferlaß die Gnadengesuche teilweise zu ersetzen imstande sein soll, wird das neue Rechtsinstitut auch eine neue besondere Form, ein wohlthätiger Ersatz der Gnade genannt (§. 4), „eine bedingte Gnade, während die andre eine absolute Gnade“ bedeute (§. 6). Die bedingte

¹⁾ Zucker, Einige kriminalistische Zeit- und Streitfragen. Gerichtssaal, Bd. 44 S. 95.

Berurteilung sei „ein Institut der Gnade, von weniger Bedeutung, als die Gnade des Herrschers“ (S. 11). Kurz gesagt: der ganze Bericht geht von einer Verwandtschaft der beiden Institute aus. Wir wollen hier unterlassen, die Unrichtigkeit dieser Anschauung und den Unterschied der beiden Institute nachzuweisen, die man gar nicht nebeneinander stellen kann, ohne deren Wesen umzugestalten. Es wäre wünschenswert, wenn der demnächstige Berichterstatter, — (wir hoffen, daß man den unermüdlichen und gelehrten Lucchini dazu auswählt, dessen Einfluß auf die italienische Gesetzgebung seit seiner Wahl zum Deputierten naturgemäß sich noch steigern wird) — mit wissenschaftlichem Verständnis die Richtung zurückweist, welche die beiden Institute untereinander vermengt.

Sehen wir uns nun die Fälle an, in denen der italienische Gesetzgeber den Straferlaß zulassen will. Uns scheint es, daß er darin zu weit geht, wenn er ihn bei Verurteilung zu *reclusione*, *detenzione*, *arresto* bei einer Strafe bis zu sechs Monaten, für Frauen und Minderjährige bei einer ein Jahr nicht überschreitenden Strafe eintreten läßt.

Vor allem muß bemerkt werden, daß der Ministerialreferent in der Annahme sich irrt, daß der erste Artikel des Entwurfs mit dem des belgischen Gesetzes übereinstimme. Dieses spricht nur von „*emprisonnement*“.

Das Wort scheint nach dem Bericht nur in der Bedeutung des italienischen Wortes „*inprigionamento*“ verstanden zu sein. Diese Auffassung ist eine absolut falsche: Die bedingte Verurteilung findet nach dem belgischen Systeme weder bei der Zuchthausstrafe statt, noch bei *detenzione* oder *reclusione*, weil nach belgischem Recht die Strafe der *travaux forcés* mindestens zehn Jahre beträgt (art. 12), *reclusione* nicht unter fünf Jahre zuerkannt werden kann (art. 13), die gleiche Strafe bei der ordentlichen *detenzione* eintritt und die außerordentliche *detenzione* nicht unter fünfzehn Jahre betragen kann (art. 16). Den *arresto* kennt das belgische Gesetz nicht. Man kann daher wohl im Gegenteil behaupten, daß hierin der italienische Entwurf völlig von dem belgischen Gesetz abweicht. Das System des letztern erleichterte ungemein die Einführung der bedingten Verurteilung, während dagegen aus dem italienischen System große Schwierigkeiten sich ergeben. Der Gesetzgeber befindet sich hier in einem Dilemma. Er begeht entweder eine große Ungerechtigkeit, wenn er z. B. bestimmt,

daß der bedingte Straferlaß nur bei *arresto* und *detenzione* bis zu sechs Monaten stattfinden, bei einigen Tagen der *reclusione* z. B. aber ausgeschlossen sein sollte, oder er kommt auf das äußerste mit den Grundsätzen des Strafrechts in Widerspruch. Der Entwurf hat sich dahin entschieden, keine Ungerechtigkeit zuzulassen und setzt sich dem schweren Vorwurf aus, den Grundsätzen des Strafrechts und sogar der Grundlage der Institution der bedingten Verurteilung selbst zu widersprechen.

In dem Ministerialbericht über das Strafgesetz von 1889 heißt es S. 81: In der Kommission vom Jahre 1866 hatte man den guten Gedanken, im Strafrecht zwei nebeneinander bestehende Kategorien zeitiger Strafen von gleicher Dauer und Intensität aufzunehmen.

Die eine (strengere) Strafe war für die Verurteilten bestimmt, welche eine gemeine und niedrige Gesinnung, *perversità* o *abbiettozza*, an den Tag gelegt hatten, die andre, weniger strenge wurde für politische und Preßvergehen, nicht entehrende, im Affekt begangene Delikte vorgesehen. Und der Gesetzgeber von 1890, trotzdem er diese Unterschiede als gesetzlich festgestellte mit Recht nicht annahm, hat die Bemerkungen der Kommission von 1866 sich zu eigen gemacht, und das ganze italienische Strafsystem ist davon der Beweis.

Kann man vernünftigerweise einen bedingten Straferlaß bei einem Vergehen aus ehrloser, niedriger Gesinnung zugestehen? Es ist nur gerecht, daß der, welcher sich subjektiv schwer vergangen hat, weniger berücksichtigt wird, als wie Jemand, der vielleicht ein größeres Recht verletzt hat, aber subjektiv weniger strafbar ist.

Die falsche Auffassung, daß die bedingte Verurteilung bestimmt sei, an die Stelle der kurzzeitigen Strafhaft zu treten, hat auch in dem italienischen Entwurf zu der unlogischen Konsequenz geführt, dieselbe bei *confino* und Geldstrafen auszuschließen. Über diesen Punkt haben wir uns in einer andern demnächst erscheinenden Studie „Über die sogenannte bedingte Verurteilung“ eingehender ausgelassen, worauf wir den geneigten Leser verweisen müssen, weil es hier nicht gut anging, die Frage so zu behandeln, wie es der Gegenstand erforderte. Wir bemerken jetzt nur, daß gar kein Grund vorliegt, die für geringfügige Fälle verhängten Strafen auszuschließen, die doch gerade Berücksichtigung verdienen.

Die Bestimmung des Entwurfs im zweiten Absatz des Art. 1

enthält die Vorschrift, daß der Aufschub bei einer verhängten Geldstrafe eintreten kann, wenn Zahlungsunfähigkeit vorliegt, und die Strafe in *detenzione* oder *arresto* umgewandelt wird. Während es einerseits der Gerechtigkeit entspricht, bei einer Geldstrafe den bedingten Strafnachlaß im allgemeinen zuzulassen, schafft anderseits der Entwurf eine tadelnswerte Rechtsungleichheit. Dem Zahlungsunfähigen kommt indirekt die Wohlthat zu gute, und der Zahlungsfähige muß die Strafe erleiden und zahlen, obgleich bei diesem dasselbe, vielleicht noch weniger vorliegt, wie bei dem erstern. Das Gesetz aber hat die Pflicht, eine Ungerechtigkeit, hier und überall, wo sie zum Vorschein kommt, zu beseitigen.

Wir sind entschiedener Gegner der Bestimmung, wonach für Frauen und Minderjährige die bedingte Verurteilung bei Strafen bis zu einem Jahr eintreten können soll, da gar kein Grund vorliegt, auf dem Gebiete des Strafrechts einen so großen Unterschied in der Behandlung dieser Personen den erwachsenen Männern gegenüber eintreten zu lassen. Im heutigen Strafrecht werden Männer und Frauen ganz gleich behandelt. Wir verstehen auch den Art. 21, zweiten Absatz des St. G. B.'s, den wir durchaus billigen, wonach bei nichtrückfälligen Frauen und Minderjährigen die Verbüßung von Arreststrafen unter einem Monat in deren Hause nachgegeben ist; ganz unnötig ist es aber, den Unterschied in der Behandlung noch weiter auszudehnen, wie es jetzt der Entwurf vorschlägt. Wenn man sich alle Strafmilderungen vergegenwärtigt, die bereits den Minorennen eingeräumt sind, dann sieht man leicht ein, daß schon ein schweres Delikt vorliegen muß, wenn eine Verurteilung zu einem Jahre *reclusione* erfolgt, und soll dann trotz des schweren Vergehens die bedingte Verurteilung eintreten? Für eine derartige Strafminderung geht uns jedes Verständnis ab. Im St. G. B. sind die Minorennen bereits so weit berücksichtigt, wie man es für zulässig hielt. Die bedingte Verurteilung darf den Zweck nicht verfolgen, die Strafen für diese noch ganz besonders zu vermindern.

Daß der Straferlaß auch bei der Strafe der *reclusione* von sechs Monaten zugebilligt werden soll, ist unsres Erachtens viel zu weit gegriffen. Eine größere Strafe, wie höchstens drei Monate *arresto* oder *detenzione* und sechs Wochen *reclusione* sollte nicht erlassen werden können, nie und nimmer dürfte man die bedingte Verurteilung bei Strafen von einem Jahre zugestehen.

Der Entwurf enthält überdies noch notwendig auszufüllende Lücken. Es ist keine Bestimmung darüber getroffen, wie es z. B. bei dem Zusammentreffen mehrerer Delikte gehalten werden soll, bei denen keine höhere Strafe, wie von sechs Monaten vorgesehen ist. Werden bei der Zulassung der bedingten Verurteilung auch sonstige Verurteilungen berücksichtigt? Wie soll es gehalten werden, wenn während der Zeit der Straffuspension die Verurteilung wegen eines früher begangenen Delikts stattfindet? Auch prozessualische Fragen sind noch zu erledigen, z. B. ob eine Appellation gegen die bedingte Verurteilung allein, oder nur gegen das ganze Erkenntnis möglich ist.

Schließlich müssen wir unsere Ansicht dahin zusammenfassen, daß der italienische Entwurf ziemlich durchgreifend umgestaltet werden muß, was ganz gewiß geschehen wird, weil wir uns auf Zucchini und dessen Bemerkungen in dem letzten Heft der Rivista penale verlassen können, worin er zwar im allgemeinen günstig über den Entwurf sich ausdrückt, aber die Absicht kundgibt, verschiedene Modifikationen vorzuschlagen.